

WELT+

MEINUNG

NEUE EZB-CHEFIN LAGARDE

Die Party geht weiter – bis es knallt

Stand: 03.07.2019 | Lesedauer: 3 Minuten



Von **Dorothea Siems**

Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik



„Lagarde drängt die Bundesregierung schon seit Jahren dazu, mehr Schulden zu machen“: WELT-Autorin Dorothea Siems (r.)

Quelle: JOHN THYS / AFP, Claudius Pflug

Mit Christine Lagarde übernimmt zum dritten Mal in Folge ein Interessenvertreter der Südländer den Spitzenposten der Europäischen Zentralbank. Damit ist die letzte Chance auf eine Stabilitätsunion genommen. Auf zum fröhlichen Schuldenmachen!

Die Französin Christine Lagarde wird die neue Präsidentin der Europäische Zentralbank (EZB). Diese eminent wichtige Personalentscheidung mutet angesichts des Wirbels um die politischen Posten (<http://welt.de/196268627>) wie eine Randnotiz an. Tatsächlich jedoch dürfte diese Entscheidung für die Bürger weiter reichende Folgen haben als alle anderen, auf die sich die EU-Regierungschefs verständigt haben.

Denn mit Lagarde rückt nun zum dritten Mal in Folge ein durchsetzungsstarker Vertreter der Südländer an die Spitze der EZB. Der deutsche Kandidat Jens Weidmann (<http://welt.de>

/195577367) – Bundesbankpräsident und Hoffnungsträger der Anhänger einer soliden Geldpolitik in Deutschland und anderen Nordstaaten – kommt trotz seiner unbestrittenen Expertise nicht zum Zuge. Das Gleiche gilt für den Finnen Erkki Liikanen, der ebenfalls dem Lager der geldpolitischen Falken angehört und für den EZB-Chef-Posten gehandelt wurde.

Mit der Nominierung von Lagarde haben die EU-Regierungen die letzte Chance auf eine Rückkehr zur Stabilitätsunion vertan. Dass die frühere französische Finanzministerin und heutige Präsidentin des Internationalen Währungsfonds (IWF) Kompetenz für ihre neue Aufgabe mitbringt, ist unbestritten.

Doch steht sie wie der heutige EZB-Chef Mario Draghi (<http://welt.de/192066629>) für einen Kurs, der eher Schuldenländern zugutekommt als Gläubigernationen. Seit Jahren schon drängt Lagarde die deutsche Bundesregierung dazu, mehr Schulden zu machen. Diese Sichtweise hat sich im einst so konservativen IWF durchgesetzt, seit die profilierte Französin an die Spitze gerückt war.

In der Griechenland-Krise drängte sie auf Schuldenerlass – wiederum sehr zum Ärger der Bundesregierung. Das Thema dürfe nun bald wieder auf der Tagesordnung stehen, zumal die EZB längst der wichtigste Gläubiger Griechenlands ist.

In der EU stehen sich in der Geldpolitik (<http://welt.de/181504502>) bis heute zwei völlig unterschiedliche Lager gegenüber. Als Draghi den EZB-Chef-Posten übernahm, galt es vor allem in Deutschland als unanständig, ihm zu unterstellen, er würde einen Kurs zugunsten der überschuldeten Südländer fahren. Doch der Italiener scheute sich nicht, die Grenzen seines Mandats immer weiter auszudehnen. Er schaffte den Zins ab und kaufte Staatsanleihen in Billionenhöhe.

Überaus teuer wurde auf diese Weise insbesondere Italien Zeit erkaufte – die jedoch dort nie für Reformen genutzt wurde. Im Gegenteil: Die Schulden stiegen weiter. Auch Frankreichs Regierung setzt unverdrossen auf eine expansive Haushaltspolitik. Nichts ist deshalb aus

französischer Sicht so wichtig wie die Fortsetzung der ultralockeren Geldpolitik durch die EZB. Auch die Bundesregierung lebt im Übrigen gut damit.

Denn die Zinersparnis erlaubt es dem Bundesfinanzminister, an anderer Stelle spendabel zu sein. Doch Deutschland – wie auch die Niederlande, Finnland und einige andere Euro-Staaten – ist eine Sparernation. Es sind die Privatleute, die hierzulande die Zeche zahlen. Ihr Geld, das überwiegend auf dem Sparkonto liegt, verliert tagtäglich an Wert.

Und jede Form privater Altersvorsorge wird erschwert, was in einer alternden Bevölkerung fatal ist. Die lockere Geldpolitik treibt überdies die Immobilienpreise – und damit auch die Mieten – in die Höhe, weil Investoren aus ganz Europa in Deutschland einen sicheren Hafen sehen.

Weidmann an der EZB-Spitze hätte sicher keinen radikalen Kurswechsel eingeleitet. Aber schon bei einer graduellen Änderung hätten sich die Märkte und Regierungen darauf einstellen müssen, dass die irrwitzige Party irgendwann zu Ende geht. Nun wird weitergefeiert – bis es knallt.

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  1881

NEIN  62

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/196277609>

